

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr p. 16. 15 31. November 1924 bei 100. zweimonatlicher Zustellung (von Haus 1,50 Goldmark).  
Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; der empfangliche 10 mm breite  
Zeile 10 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; Familienanzeigen und Zeitungsbezüge ohne  
Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg.; die 10 mm breite Zeile 150 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg. — Für eine Zeile 10 Pfg. Ausw. Anzeigen gegen Vorabrechnung.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Martenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe (Dresdner Nachrichten) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

## England und das Genfer Protokoll.

Frankreichs Sicherheit und die alliierten Schulden ein englisch-französisches Problem.

Die Einnahmen und Ausgaben des Reparationsgeneralagenten im September und Oktober. — Die Sowjethehe in Italien.

### Ein englischer Anstoß zur Aenderung des Sicherheitspakts.

**London, 17. Nov.** Die „Sunday Times“ erklärt von maßgebender Seite, es werde von den Völkern, die das Protokoll als Ganzes oder nur teilweise angenommen wird, oder welche Vorläufer vielleicht als Ersatz dafür angenommen werden. Die Regierung gab bereits durch Erklärungen Baldwin und Chamberlains ihrem Wunsch unmissverständlich Ausdruck, in enger Verbindung mit Frankreich zu arbeiten. Sie werde daher jede gerechtfertigte Anstrengung machen, um den Anforderungen der französischen Sicherheit zu genügen. Es bestehe natürlich keinerlei Absicht, die Zusagen anzulassen, die Herr von MacDonald in Genève gegeben wurden und die dahin gehen, daß bei sozialer Annahme des Dawes-Vertrages durch Frankreich und Großbritannien die Fragen der französischen Sicherheit und der alliierten Schulden im Geiste großer Sympathie erwogen werden. Der diplomatische Vertreter des Blattes schreibt, vom britischen Standpunkt aus sei es fraglich, ob gewisse nationale Erwägungen die Ratifizierung des Genfer Protokolls ohne endgültige Aenderung einiger seiner Bestimmungen zulassen.

Der Londoner „Observer“ schreibt, es bestehe wenigstens Wahrscheinlichkeit, daß die britischen Dominions in der Lage sein werden, das Genfer Protokoll in der jetzigen Gestalt anzunehmen. Das Protokoll sei das Werk eines unvollständigen Völkerbundes. Bevor dieser nicht zum Weltorgan werde, könne er nicht danach streben, die Hauptgeschäfte der Welt zu führen. Der Beginn der Abklärung müsse eine Konferenz sein, die auch Deutschland, Rußland und Amerika einschleife. Das Blatt fragt, ob diese Mächte an der geplanten Konferenz teilnehmen. Wenn ja, so werde die gesamte Frage des Protokolls neu aufgestellt werden müssen. Wenn sie dagegen nicht teilnehmen, so fallen sowohl Konferenz als auch Protokoll ins Wasser. (W. T. N.)

### Der Völkerbund und die Militärkontrolle.

**Genf, 16. Nov.** Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht eine Mitteilung über die gestern abgeschlossene Tagung der ständigen Militärkommission des Völkerbundes, die sich mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland, Ungarn, Österreich und Bulgarien beschäftigt hat. Die Kommission hat die Präliminarien der Sachverständigen aufgestellt, aus der der Rat die Mitglieder der Untersuchungskommission zu wählen hat. Die ständige Militärkommission überläßt es jeder Regierung, die Vize der Namen der Sachverständigen, die zur Verfügung stehen müssen, aufzustellen und für ihre laufende Vollständigkeit zu sorgen.

Wie man weiter erfährt, hat die ständige Militärkommission ebenfalls zu der Forderung des im September aufgestellten Planes für die militärischen Nachforschungen Stellung genommen, wonach die ständige Militärkommission, die bekanntlich aus den Vertretern der zehn Mächte besteht, durch Sachverständige derjenigen Nachbarstaaten eines kontrollierten Landes ergänzt werden soll, die keine Vertretung im Völkerbundsrat hat. Im Fall der militärischen Nachforschungen in Deutschland kommen also auch polnische Sachverständige als Mitglieder der ständigen Militärkommission in Betracht. (W. T. N.)

nommen, wonach die ständige Militärkommission, die bekanntlich aus den Vertretern der zehn Mächte besteht, durch Sachverständige derjenigen Nachbarstaaten eines kontrollierten Landes ergänzt werden soll, die keine Vertretung im Völkerbundsrat hat. Im Fall der militärischen Nachforschungen in Deutschland kommen also auch polnische Sachverständige als Mitglieder der ständigen Militärkommission in Betracht. (W. T. N.)

### Das Programm der nächsten Tagung des Völkerbundsrats.

**Genf, 17. November.** Das Völkerbundssekretariat hat soeben den Ratmitgliedern und Mitgliedstaaten des Völkerbundes die Tagesordnung für die 32. Tagung des Völkerbunds, die am 8. Dezember in Rom stattfinden, aufgestellt. Die Tagesordnung enthält 24 Punkte, darunter eine Anzahl von wichtigen, auch Deutschland interessierenden Fragen, von denen in erster Linie die Vorschläge zu erwähnen sind, die der Rat in Vorbereitung der etwaigen Übernahme der Militärkontrolle zu fassen hat. So hat er die Arbeiten der ständigen Militärkontrollkommission auf diesem Gebiet zu prüfen und die Präsidenten der Untersuchungskommissionen zu ernennen. Ferner hat er auf Grund dieses Planes für den Fall, daß sein alliiertes Nachbarland des der Nachforschung unterliegenden Landes im Rat sitzt, den Nachbarstaat zu bezeichnen, der Militärkommissionen für die Untersuchungsliste zu stellen hat. Ferner steht auf der Tagesordnung eine Anzahl von anderen Fragen, darunter vor allem die Ernennung eines neuen Völkerbundssekretariats für Dänzig. Was die Saargebietfrage betrifft, so hat der Rat zu den von der Reichsregierung und der Saarverbandsregierung erlassenen Projekten gegen den französischen Schulunterricht im Saargebiet Stellung zu nehmen.

In Ausführung der Beschlüsse des Rats auf der September-Tagung über das Genfer Protokoll mußte der Rat ferner die Abklärungskonferenz sowie die Organisation der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen und Sanktionsmaßnahmen vorbereiten. Diese vorbereitenden Arbeiten haben eine starke Verzögerung erlitten, wie überhaupt eine große Beschleunigung der Vorbereitungsmaßnahmen nicht mehr als notwendig empfunden wird, seitdem man an einer Ratifikation des Protokolls in seiner gegenwärtigen Form allgemein zweifelt und daher mit einem Stillfinden der Abklärungskonferenz im kommenden Sommer nicht mehr rechnen, sondern vielmehr allgemein an eine Neuprüfung des Protokolls durch die nächste Versammlung glaubt. Der Umstand, daß die Tagung diesmal in Rom stattfinden soll, ist auf den Wunsch der italienischen Regierung zurückzuführen, die bereits auf großzügige Vorbereitungen für die Tagung trifft, sowie auf den Wunsch des Völkerbundssekretariats auf härtere Annäherung Italiens an die Völkerbundsorganisationen. (W. T. N.)

### Das Saarverbrechen in neutralem Urteil.

Von Oberst L. af Petersens, Stockholm.

In einer großangelegten Artikelserie, deren Abschluß „Säbittor“ mir bereits zum Abdruck gebracht haben, behandelt der schwedische Verleger die große Frage der „Rinnslättas und Arrendas im balkanisierten Europa“. Wir geben heute den Abschluß wieder, der sich mit dem Saargebiet befaßt und der wegen des objektiven Urteils eines Neutralen auf Grund eingehender Studien ein besonderes Interesse beansprucht.

Das Saargebiet ist ein rein deutsches Gebiet, das seit mehr als tausend Jahren zum Deutschen Reich gehört und dessen Bevölkerung so rein deutsch ist, wie es ein Volk nur sein kann. Während dieser tausend Jahre war es nur auf einige Jahrzehnte von den europäischen Kriechhähnen im Westen, Ludwig XIV. und Napoleon, erobert worden. Die Bevölkerung ist deutsch und will deutsch sein. Trotz dieser klaren und unbestreitbaren Tatsachen will das imperialistische Frankreich in die Spuren seiner Vorgänger treten und dieses rein deutsche Land unter französische Herrschaft zwingen. Mit denselben verwerflichen Methoden, die Ludwig XIV. seinerzeit gegenüber Holland-Vorbringen anwandte, will man jetzt nach dem Frieden mit Vichy und Oswald dieses Land erobern. Hinter der französischen Saarpolitik liegt keine Spur von Idealität — sie ist die reine Raubpolitik.

Allen denen, die die Verhältnisse kennen, dürfte es sehr bekannt sein, daß der Widerstand gegen die französischen Pläne im Saargebiet während der Abwesenheit durch den französischen Bericht von den 150 000 Franzosen im Saargebiet gebrochen wurde. Dies ist von Clemenceau Mitarbeiter, Tardieu, offen zugegeben worden. Clemenceau erklärte gegenüber Wilson, Orlando und Lloyd George:

„Im Saargebiet befinden sich 150 000 Franzosen, die 1918 von den Präsidenten Poincaré richteten, und auch diese Franzosen haben Anspruch auf Gerechtigkeit. Sie, meine Herren, wollen die Rechte der Deutschen verletzen. Das will auch ich. Ich bitte Sie jedoch, auch auf die Rechte der 150 000 Saargebiet Franzosen Rücksicht zu nehmen, wie Sie das auch gegenüber den Tschechen und Polen tun wollen.“

Diese 150 000 Saargebiet Franzosen der Herren Clemenceau und Tardieu haben niemals existiert! Das Saargebiet aber wurde geopfert und formell dem Völkerbund unterstellt. Die Regierungskommission war ausschließlich nach französischen Wünschen zusammengesetzt. Ein Franzose, M. Nau, wurde Präsident. Die französische Presse hat die ihm von französischer Seite gestellte Aufgabe, die Einverleibung des Gebietes mit Frankreich vorzubereiten, keineswegs verborgen, und er hat an der Lösung dieser Aufgabe rücksichtslos gearbeitet. An seine Seite wurden vier andere gestellt: ein Belgier, der natürlich in allem seinem französischen Kollegen folgte, ein „Saarländer“ — der später als Verräter und Verräter verurteilt wurde —, ein Däne, Graf Wolff-Metefeldt, ein in Paris lebender Rennwettbesitzer, sowie ein Kanadier, der einzige, der auf eine wirklich verdienstvolle Art seine Pflicht erfüllte und die Interessen der Saarbevölkerung zu vertreten suchte. Er trat jedoch zurück, als er zu der Einsicht kam, daß er in dieser Gesellschaft nichts ausrichten konnte. Diese Skandalregierung hat dem Lande, das sie regieren soll, und der hohen Versammlung, die für das Geschick verantwortlich ist, dem Völkerbund, bereits viel Schaden zugefügt. Ihre Zusammenkunft hat sich inzwischen etwas geändert, das Überwiegen des französischen Einflusses ist aber dadurch eher noch stärker geworden.

Im Versailler Vertrag wurden dem Saargebiet ausdrücklich gewisse Garantien zugesichert. Dennoch sollte die Markvaluta geächtet und der Frank geächtet werden. Zahlungsmittel sein. Die deutsche Schule und die deutsche Sprache sollten beibehalten und die französische Schule nur für das französische Grundpersonal gestattet sein. Die Ordnung sollte durch eine einheimische Gendarmerie aufrechterhalten werden. Wie verhält es sich nun, nach fünf Jahren Völkerbunds Herrschaft, hiermit?

Die Frankenvaluta ist das einzige gestattete Zahlungsmittel, die Mark ist verboten.

Daß dies von französischer Seite zur Vorbereitung der Einverleibung des Gebietes mit französischer Herrschaft geschah, ist klar. Man hat sich in Genf damit verteidigt, daß eine stabile Valuta für das Saargebiet wirtschaftlich vorteilhafter war als die flinkende deutsche Markvaluta. Man hat man, aus derartigen opportunistischen Gründen die klaren Bestimmungen des Vertrages übergehen zu können, so hätte man bessere Garantien für die Stabilität der ungeliebten, weise eingeführten Valuta haben müssen. Da der Frank kurz nach seiner Einführung als einziges Zahlungsmittel zu sinken begann, geriet das Saargebiet in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auf Befehl der Regierung wurden Währungsgeber, die Fonds von Kassen und Sparkassen usw. in Franken angelegt werden. Als dieser von ungefähr 30 Cere auf weniger als 20 fiel, verloren diese Fonds ein Drittel ihres Wertes. Das kleine Saargebiet hat in diesem Maße allein Frankreich einen Extrarabatt von 30 Millionen Franken geliefert. Aber auch auf vielen anderen Gebieten wirkte diese Zwangsmassnahme ruiniert.

In der Schulfrage wird eine rücksichtslose Französisierungsbewegung betrieben.

Die auf Betreiben Frankreichs im Versailler Vertrag festgesetzte fünfjährige Frist bis zur Volksabstimmung ist dazu bestimmt, daß die französische Propaganda ihre Wirkung

## Die Lasten des Dawesplanes.

### Ein ausländisches Urteil.

**Basel, 17. Nov. (Priv. T.)** Der „Nür. Tag. Anz.“ schreibt in seiner politischen Wochenbeilage:

„Die angebliche Entspannung der Lage Deutschlands, wie sie der deutsche Minister Stresemann in Dortmund behauptet hat, sehen nur die Deutschen. Sie verlassen über einer kurzen Gegenwart die lange Zukunft. Das Ausland blickt mit einem gewissen Grauen der Lage entgegen, die in Deutschland einzutreten muß, wenn erst die Lasten des Dawes-Entschens beginnen, die viermal so hoch sind, als alle Kriegskosten, die Deutschland in den Hungerjahren 1916 und 1917 ertragen konnte.“

### Die Bilanz des Reparationsagenten.

Die Zahlen für September und Oktober.

**Berlin, 16. Nov.** Der Generalagent für Reparationszahlungen, E. P. Gilbert hat einen offiziellen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben während der Monate September und Oktober veröffentlicht. Nach diesem Bericht weisen die Einnahmen während dieser Monate einen Gesamtbetrag von 169 712 577,01 Goldmark, die Ausgaben eine Summe von 148 077 431,59 Goldmark auf.

Deutschland hat einen Betrag von 60 Millionen Goldmark gezahlt.

Die nächstgrößte Einnahme beträgt ungefähr 30 Millionen Goldmark und stammt aus dem englischen „Recover“ Act. Die Ziffern beweisen, wie wesentlich die britische Steuer auf den deutschen Export für England ist.

Die Einnahme aus der französisch-belgischen Eisenbahngarantie beträgt 28 Millionen Goldmark.

In England wurden für Lieferung von Rohstoffen, chemischen Produkten, ferner für Bekleidungsstoffen und für Rohstoffe, die aus dem Rheinlandsbkommen entstanden sind, sowie für den Reparations-Recover Act ein Betrag von 37 851 038,91 Goldmark bezahlt.

Frankreich hat für Sachlieferungen (Kohlen, Chemikalien, Rohstoffe usw.) einen Betrag von 60 841 570,68 Goldmark bekommen.

Italien erhielt für Sachlieferungen usw. 13 348 330,04 Goldmark.

Belgien für gleiche Zwecke eine Summe von 15 819 487,50 Goldmark.

Schließlich bekam Japan für Rohstoffe 2237,25 Goldmark.

Für die verschiedenen internationalen Kommissionen wurden folgende Zahlungen geleistet: a) Reparationskommission 1 747 900,00 Goldmark; b) Rheinlandsbkommen 2 500 000 Goldmark; c) Militärkontrollkommission 2 000 000 Goldmark; d) Marinekontrollkommission 70 000 Goldmark; e) Kontogebühren für Verwaltung des Bureau für den Generalagenten 207 206,38 Goldmark.

### Gilbert interpretiert sein Schreiben an Dr. Luther.

**Berlin, 17. November.** Der Generalagent für die Reparationszahlungen Gilbert teilte gestern Abend gegenüber Pressenachrichtigen offiziell mit, daß sein Schreiben vom 14. November 1924 an den Reichsfinanzminister Dr. Luther sein Angriff auf den Reparations-Recover Act sei. Das Schreiben, so heißt es in der Mitteilung, ist eine Benachrichtigung der deutschen Regierung, daß der Generalagent gemäß den Bestimmungen des Dawes-Planes die volle Annuität ohne Rücksicht auf irgendwelche Recover Act bestimmt und der deutschen Regierung die von ihr auf Grund von Recover Act bezahlten Beträge nur dann und in solchem Umfang erhalten wird, als er von dem Transferkomitee dazu ermächtigt wird. Das Transferkomitee hat am 31. Oktober dem Generalagenten die Ermächtigung erteilt, die Zahlungen bis zu einer weiteren Entscheidung durch das Komitee zu leisten. Die Mitteilung an die deutsche Regierung im Schreiben vom 14. November ist also ein Schritt, der unternommen worden ist, um dem Transferkomitee die ihm nach dem Dawes-Plan übertragenen Rechte zu sichern. (W. T. N.)

### Öffentliche Arbeiten mit deutschen Sachleistungen.

**Paris, 17. November.** Der „Matin“ meldet: Das französische Kabinett hat nach dem Antrag des Wiederbauministers beschlossen, mit Hilfe der deutschen Sachleistungen und deutscher Arbeitskräfte große öffentliche Arbeiten auszuführen. Als erste dieser Arbeiten ist die Rhone-Korrektion bestimmt.



aushalten kann. Und dabei ist natürlich die Schule ein mächtiges Mittel. Trotz den klaren Bestimmungen über die Beibehaltung des deutschen Schulwesens greift jetzt die Regierung ein und fröhlich das deutsche Schulwesen mit allen Mitteln, auch den unnormalsten (durch direkte Korruption). Die französische Sprache wird in den deutschen Volksschulen eingeführt, unzulässige französische Schulen werden eröffnet, zu deren Besuch die deutschen Kinder mit erzieherischen Mitteln gezwungen werden. Dort wird freies Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt, während dies in den deutschen Schulen verboten wird! Die Bevölkerung wird unter Verführungen und Drohungen gezwungen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. So wurde z. B. einem Grubenarbeiter mit Entlassung und Verlust seiner Wohnung gedroht, wenn er wegen seiner Kinder aus der französischen Schule zu nehmen! In Frankreich geschriebene Lehrbücher mit unzulässigen Bildern und verdrehten historischen Darstellungen werden den Schulen aufgedrungen. Als Leiter der Seminare Ausbildung wurde ein französischer Schullehrer eingesetzt, um diese Ausbildung in französischem Geiste zu leiten. Ein Lehrer an einer Elementarschule, der in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter pflichtgemäß im Landtag gegen die Franzosenmaßnahmen protestierte, wurde als Lehrer schikaniert und auf einen schlechteren Posten versetzt. Am Saargebiet kämpfen jedoch die Bevölkerung und ihre Vertretung, der Landtag, gegen die ungesetzlichen Maßnahmen der Regierung und der Völkerbund ist keineswegs in Unkenntnis über die Zustände.

Statt in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages eine einheimische Gendarmerie einzuführen, hat Frankreich

#### eine unnötig große Garnison französischer Truppen

von mehreren tausend Mann zum großen Schaden des Gebietes im Saarland geleitet. Dem Personal werden natürlich die besten Wohnungen angewiesen, und der Infanterie der Verhältnisse große Wohnungsmängel wird geradezu katastrophal. Diese Frage stand ständig auf der Vorrangliste des Völkerbundesrates, aber Frankreich und seine Vasallen im Räte haben die Forderung der Freigabe und Verhinderung der Truppen verhindert. Der Hauptgrund scheint die Rottenfrage zu sein. Man legt einen Rottenantrag auf, der sich auf Militärstand bezieht, und damit einerseits seine Unzulässigkeit, andererseits den großen Vorteil für das Gebiet, hat dessen eine Garnison zu bekämpfen, die von Frankreich unterhalten wird! Die Frage wird von der ganzen Welt mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Nachdem die Franzosen die Ausschüttungsfähigkeit einsehen, die Saarbevölkerung für Frankreich zu gewinnen, und sie zu derselben Zeit übergeben, die sie in den besetzten Gebieten anwenden: sie unterliegen die Separatisten. Statt der Forderung: „Das Saargebiet für Frankreich!“ ist man zu der Forderung

#### „Das Saargebiet dem Saarvolk!“

übergegangen; der Ausgangspunkt dieser Forderungen ist der „Saarbund“ und sein Organ, beide reichlich mit französischen Propagandamitteln unterstützt. Die Separatisten im Saargebiet sind natürlich moralisch nicht besser dastehend als ihre Verführer und in der Praxis. Mit den von Frankreich zu diesem Zweck so reichlich angewandten Propagandamitteln können natürlich beiderseits während der letzten sorglosen Verhältnisse (die teilweise von den Franzosen absichtlich geschaffen wurden), zweideutige Individuen und schwache Charaktere gekauft werden. Sie können jedoch, ebenso wenig wie ihre Kollegen im besetzten Gebiet, als Vertreter der deutschen Volksbevölkerung betrachtet werden.

Der beschränkte Raum eines Zeitungsartikels gestattet nicht, genauer auf alle Rechtsverletzungen und alles Unrecht einzugehen, die sich die Völkerbundsregierung im Saargebiet zuschulden kommen lässt, um dieses reiche deutsche Land bei der Abstimmung 1935 den Franzosen in die Hände zu spielen. Die ganze Welt muß jedoch mit Aufmerksamkeit den Ereignissen folgen, und die englische Presse sowie das englische Parlament widmen der Angelegenheit ein lebhaftes Interesse. So haben im Parlament verschiedene scharfe Debatten stattgefunden, zuletzt am 28. März im Unterhaus und am 2. April im Oberhaus. Außer Macmillan und Lord Parmoor, die sich besonders scharf gegen die Saarverwaltung äußerten, trat auch Lord Cecil auf. Er verurteilte in bestimmten Worten die Anwesenheit der französischen Garnison im Saargebiet und konnte nicht einsehen, weshalb diese nicht ebenso gut außerhalb der Grenzen des Gebietes geleitet werden konnte. Er erklärte offen, daß eine Abstimmung der Saarbevölkerung 1935 für Frankreich unmöglich sei, schien jedoch gewisse Sympathien dafür zu haben, daß die Abstimmung zugunsten der Beibehaltung des jetzigen Regimes ausfallen würde! Er hob ferner hervor, daß die Opposition von einer Minderheit ausgehe, die das jetzige Regime unmöglich machen wolle. Jedermann, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Saarbevölkerung durch ihre Vertretung der Unterdrückung einer gegenübersteht (natürlich mit Ausnahme der oben genannten Separatisten).

Trotz der Bemühungen von Seiten der Vertreter Englands und Schwedens, die Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit im Völkerbundsrat geltend zu machen, herrscht dort immer noch die französische Partei. Auf dieses Verhältnis weist eine Mitteilung im „Daily Telegraph“, die in einem Telegramm der schwedischen Presse zugunsten eines scharfen Votums. Die Zeitung glaubt, daß es in allen Fragen des Ostens und Chinas zu einer Verständigung zwischen Japan und Frankreich gekommen ist, und führt als Beweis dafür an, daß Japan, das sich früher im Völkerbundsrat stets dem englischen Standpunkte anschloß, sobald es europäische Fragen galt, auf der letzten Ratssitzung die französische Politik, speziell in der Saarfrage, unterstützte. So wird in dieser hohen Versammlung mit den Verhältnissen in Europa geschmeichelt. Solange dieser Geist herrscht, kann der Völkerbund das Vertrauen der Welt nicht gewinnen. Die Saarfrage wird, wenn sie nicht in Uebereinstimmung mit dem Rechtsbewußtsein der Welt gelöst wird, ein Nagel zum Sarg des Völkerbundes werden.

#### Eine französische Darstellung.

Der Zufall hat es, daß wir dem vorstehend wieder gegebenen schwedischen Urteil, dessen Echtheit nicht anzufechten ist, die Überlegung eines französischen Artikels anfügen können, den der Außenminister Ernest Bauer in der französischen Zeitschrift „Le Monde“ der „Correspondence“ veröffentlicht hat. Der Artikel ist insofern besonders interessant, weil er die Annahmehaftigkeit Frankreichs und seine Durchdringungspolitik klar enthält. Die Schöndarstellung und das Bestreben, das Bestreben der Saarländer zum Deutschsein als ausländische Sache abzumachen, richten sich nach dem obenstehenden Urteil von selbst.

Man hat jetzt erkannt, wie wertvoll für uns die französische Durchdringung des Saargebietes ist. Ein solches Gebiet, das ein bedeutendes Absatzgebiet darstellt und von einer vom Völkerbund ernannten Regierungskommission verwaltet wird. Die Alldeutschen haben wiederholt diese Kommission angegriffen und versucht, sie in ihrer amtlichen und friedensstiftenden Rolle zu beeinträchtigen. Der Vorschlag der Kommission ist ein Franzose: der frühere Präsident des Rhône-Departements, Staatsrat Rault. Die hebräische Vorbildhaftigkeit unseres Landmannes hat sofort alle Stimmen für sich gewonnen, sowohl die unserer Vandalen, die sich jetzt in großer Zahl im Saargebiet niedergelassen haben, wie auch die der eigentlichen Saarbevölkerung, die begeistert über eine so kluge und erfolgreiche Verwaltung. Seit der Befehlung durch die Franzosen, die sich dauernd mahnend gegen die Bevölkerung — größtenteils Vergeltung und Metallarbeiter — gezeigt haben, hat sich im ganzen Bereich des Saargebietes ein harter Trieb zu intensiver Produktion und zur Ausfuhr nach Frankreich entwickelt. Die

Saarländer haben sich überzeugen können, daß die traurige Nachrede der Alldeutschen, wir seien weder organisiert noch bereit noch konsequent, Bluff und Lüge ist, gerade so wie alles, was die Deutschen während des Krieges ausgekreut haben.

Drei Jahre lang hat der Kampf zwischen Paris und Branten dem Geschicksfaden seinen Abbruch getan. Seit dem 1. Juni 1923 hat die Einführung unseres Geldes als allein gültige Währung eine seit langem ersehnte Einheitlichkeit geschaffen. Kein anderes Geld ist im Umlauf als der Franken, den Rubelrücken jenseits des Rheins zum Fort, die seitdem ihren Einfluß schwinden sahen. Bekanntlich gehen die französischen Einfuhrwaren im ganzen Saargebiet vollfrei. Voh, Telegraph und Telefon werden von

und verwaltet. Die Saarländer nennen sich freiwillig „Schillingen Frankreich“. Vom 10. Januar 1923 an verbessert sich die Lage noch für uns, denn die Zollgrenzen werden an diesem Tage hinausgeschoben werden, die vollfreie Einfuhr deutscher Waren hört auf und diese unterliegen dann dem allgemeinen Zolltarif.

Es ist nun Sache unserer Vandalen, aus dieser Lage Nutzen zu ziehen. Sie werden im Saargebiet, zwei Schritte von Elsas, Vorbringen, eine arbeitssame und disziplinierte Bevölkerung, ein Gebiet mit großem Wohlstand und einen Geist, der auf Fortschritt gerichtet ist und den guten Willen hat, in diesem Einvernehmen mit denen zu leben, die ihnen nach dem Waffenstillstand zusammen mit dem Frieden eine weise und gerühmte Verwaltung gebracht haben.

## Der Kriegstreiber Tswolski.

### Neue Enthüllungen über die wahren Kriegsschuldigen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 17. Nov. Wenn es heute noch eines Beweises bedarf, daß Poincaré's Politik an dem Ausbruch des Krieges die Schuld trägt, jene Politik, die einzig und allein darauf gerichtet war, die von den französischen Imperialisten gewünschte endgültige Auseinandersetzung mit Deutschland schematisch vorzubereiten, so liefern ihn heute die Tagelohndarstellungen des ehemaligen französischen Völkchters in Petersburg, Louis, deren Veröffentlichung die „Europe“ antündigt und von denen heute „Leure“ einige Auszüge bringt.

George Louis ist im Jahre 1918 von Poincaré abgerufen worden, weil er die von diesem zusammen mit dem russischen Völkchster in Paris, Tswolski, inaugurierte Politik der alten Kriegsvorbereitungen am russischen Hofe nicht energisch genug unterstüzte. In einer Aufzeichnung vom 21. Mai 1912, die über ein Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister Pichon berichtet, ist von der verhängnisvollen Rolle Tswolski's die Rede. — Eine Notiz vom 1. November 1914 gibt eine Unterredung mit dem ehemaligen französischen Völkchster in Berlin, Jules Cambon, wieder. Dieser macht auch Mitteilung von einer Konferenz Kaiser Wilhelms gelegenlich des Neujahrsempfanges vom 1. Januar 1912. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Man hat uns unser Abkommen — es handelt sich um das Maroffo- und Konga-Abkommen — zum Vortritt gemacht. Ich bin überzeugt, in sechs Monaten wird man uns Tswolski dafür errichten, daß wir es geschlossen und damit den Ausbruch eines Krieges verhindert haben.“

Cambon knüpft daran die Bemerkung, das sei das letzte Mal gewesen, daß der Kaiser voll Vertrauen von der Zukunft geträumt habe. Damals sei allerdings Poincaré noch nicht Präsident der Republik gewesen. Im Jahre 1918 habe in Berlin ein anderer Ton geherrscht. Damals habe der Kaiser wörtlich gesagt:

„Ich habe alles getan, um einen Zustand guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Nunmehr ist es aus damit.“

Er habe, berichtet Cambon weiter, diese Äußerung nicht nach Paris telegraphiert, aber sie zeige, daß Poincaré zu einem Teile die Schuld am Kriege trage. Auf eine in diesem Zusammenhang von Cambon gestellte Frage, ob der Krieg zu vermeiden gewesen wäre, antwortete Louis: Im Juli 1914 sei dies nicht der Fall gewesen, wohl aber wäre es möglich gewesen, wenn im Jahre 1912 die französische Regierung in anderen Händen gelegen hätte.

Poincaré, der sich der Unterdrückung der Presse zu sichern verstanden habe, sei damals das Instrument Tswolski's gewesen, der zusammen mit Tittori den Tripolis- und den Balkankrieg entfesselt hätte, aus dem der Weltkrieg entsprossen sei.

Aus einer zweiten Unterredung des ehemaligen Außenministers Pichon vom 14. Januar 1915 seien folgende Stellen wiedergegeben:

Pichon: Wenn Sie Völkchster in Petersburg und ich Außenminister geblieben wären, hätten wir wahrscheinlich keinen Krieg gehabt.

Vento: Tswolski; ich am Quai d'Orsay und Gallieris im Elise, und der Krieg wäre nicht ausgebrochen.

## Lenins Reise durch Deutschland im Jahre 1917.

### Eine Schilderung Radeks.

Max Radek veröffentlicht in der „Moskauer Pravda“ folgende Schilderung des Verlaufs der bekannten Heimreise Lenins und mehrerer exilierter Genossen, worunter sich auch Radek befand, durch Deutschland im Jahre 1917. Die russischen Exilierten waren damals aus der Schweiz bei der deutschen Regierung um die offizielle Bewilligung der Durchreise durch Deutschland eingekommen, um die Gefahren einer geheimen Passierung Deutschlands zu vermeiden. Sie verhandelten mit dem deutschen Gesandten in Bern, Baron Romberg, durch Vermittlung des schweizerischen sozialistischen Abgeordneten Grimm. Grimm sagte den Exilierten, daß Romberg über die von ihnen gemachten Bedingungen dieser Durchreise erkrankt war. „Es ist so“, sagte Romberg, „als ob ich um die Erlaubnis anzuwenden würde, durch Rußland zu passieren, während es ja doch Herr Illianow Lenin ist, der seinen Weg durch Deutschland zu nehmen trachtet!“ Gleichwohl befürwortete Romberg das Ansuchen Lenins nach Berlin, und die deutsche Regierung bewilligte das Verlangen. Die Reisenden sollten Exterritorialität genießen, aber es wurde die Bedingung gestellt, daß niemand mit ihnen während der Reise Verhandlungen pflegen dürfe. Bald wurde die Intervention Grimms beiseite gelassen, und Lenin behandelte auf seinen Bedingungen. „Er wäre imstande“, bemerkte Grimm, „uns in Welt weit was solche Konversationen mit Deutschland über die Friedensfrage zu verwickeln!“ Auf der Reise selbst wäre mehr als einer der Bolschewiken darunter auch Radek, froh gewesen, aus dem Zuge zu entfliehen und in Deutschland zu bleiben, aber Lenin duldet dies nicht.

Radek erzählt nun weiter: „Wir setzten Lenin trotz seines Protestes in ein separates Coupé, damit er in Frieden arbeiten könne. Aber es war ein zweifelhafter Frieden. Wir waren unser vier im benachbarten Coupé. Scharow, dessen Frau Olga, Erman und ich, und obgleich die Frage des Opportunismus und noch nicht in Meinungsverschiedenheiten gebracht hatte, wie es später geschah, machten wir einen erheblichen Arm. Gegen Abend kam Lenin in unser Abteil und nahm Frau Olga und mich, die er für die Gesprächspartner hielt, in sein Coupé, aber tatsächlich traf nur mich allein die Hauptrolle an dem Arm. In Karlsruhe teilte man Lenin mit, daß ein Abgesandter der deutschen Gewerkschaften den Zug begleiten hatte, um die russischen Genossen zu begrüßen. Lenin ließ ihnen sagen, sie mögen sich zum Teufel scheren, und wieserte sich, sie zu empfangen. Da Radek ein ökonomischer Unterthan war und seine Genossen befürchteten, er könnte als Detektor denunziert werden, was den Reisenden Schwierigkeiten mit den preussischen Behörden bereitet hätte, verkehrte sie ihn in einen Gepäckwagen, bis sich der Zug in Bewegung setzte. „In Frankfurt“, so berichtet Radek weiter, „gab es einen langen Aufenthalt. Die Station war für das Publikum abgesperrt. Aber plötzlich wurde der Wachposten durchbrochen, und deutsche Soldaten ließen zu unserer Zug heran. Sie hatten von der Durchreise der russischen Revolutionäre gehört, die sich für den Frieden einsetzten. Jeder Soldat trug einen Krug Bier

Pichon: Ihre beiden Nachfolger auf dem Völkchsterposten in Petersburg waren gefährlich, sowohl Valéologue als auch Delcassé. Der erstere ganz besonders, denn er war es, der Rußland zum Kriege geziehen hat. Er war es, der Rußland ständig gegen Deutschland aufhetzte. Die Engländer haben sich wiederholt darüber beklagt.

Vento: In der Tat. Die Präsidentschaft Poincaré's war verhängnisvoll.

Pichon: Seine Tätigkeit am Quai d'Orsay war es nicht minder.

Pichon erzählt in dieser Unterredung weiter, daß er Poincaré vier Monate lang gemieden habe, bis dieser ihn eines Tages habe rufen lassen und ihm die Frage vorgelegt habe, warum er nicht mehr ins Elise komme. Er, Pichon, habe geantwortet, daß er die Politik Poincaré's nicht billige und dieser sei darüber in große Erregung geraten.

Diese Aufzeichnungen sind dadurch bedeutsam, daß hier das französische Volk aus dem Munde seiner besten Diplomaten und Staatsmänner zum ersten Male die historische Vergangenheit erzählt, die so lange verheimlicht worden ist. Man wird unter diesen Umständen auf die Fortsetzung der angelegentlichsten Veröffentlichungen, sowie auf die Diskussion, die sie in Frankreich auslösen werden, gespannt sein.

Außer diesen hat „Leure“ noch drei andere Dokumente des ehemaligen französischen Völkchsters Louis veröffentlicht. Die erste Veröffentlichung ist vom 24. Dezember 1914. Aus ihr geht hervor, daß im April 1918 Tswolski in Petersburg angelandete war, daß man über seine Abberufung diskutiert, und daß Delcassé in Petersburg und Poincaré in Paris sich dafür einsetzten, daß er Völkchster bleibe. Als Austausch habe Tswolski Poincaré seine Aktionsmittel aller Art zur Verfügung gestellt. Die Vereinfachung dieser beiden Männer hat dahin geführt, so sagt den Notizen Louis zufolge Gerard, wofür wir gekommen sind, worauf Louis erwiderte: Haben Sie im englischen Weltkrieg die Depesche von Buchanan gelesen, in der die Aufreizungen Valéologue's genannt sind?

Gerard erwiderte: Jawohl. Louis sagte: Sie haben bemerkt, daß man das in unserem Willkürde bestritt, worauf Gerard erwiderte: Jawohl.

Die 2. Veröffentlichung, der Brief vom 28. Oktober 1918, gibt ein Urteil über Tswolski von dem damaligen englischen Völkchster in Petersburg, Albert Rickson: Tswolski ist nie etwas vollkommen, mit der einzigen bekannten Ausnahme der Befähigung, daß die von dem deutschen Völkchster in der Affäre Tscherns unternommene Demarche seinen bedrohlichen Charakter gehabt habe.

Das 3. Schriftstück gibt eine Charakteristik Valéologue's. Sie ist am 21. Januar 1915 wiedergegeben worden. Er wachst sagt: Betrachten Sie Valéologue, den wir von Paris verbannten; folgen Sie ihm mit den Augen, wenn er eintritt und Papiere mitbringt, wie er beinahe die Ähren eines verantwortlichen Dieners beugt, wie er seinen Körper krümmt, und die Hände nach dem Boden streckt.

### Poincaré's Gegenoffensive.

(Nach Runkel'schen.)

Paris, 17. November. Genaue veröffentlicht folgende Erklärung Poincaré's aus Straßburg: Herr Poincaré ist hier und anzugehen, daß er morgen der Presse Briefe von Pichon und Jules Cambon unterbreiten will, die die Neuerungen, die ihm durch die Veröffentlichungen der Zeitschrift „Europe“ in den Mund gelegt werden, dementieren. (W. T. B.)

in der Hand. Sie fragten uns aufgeregt, ob es Frieden geben werde und wann? Diese Manifestation lagte uns mehr, als nach dem Geschmade der deutschen Regierung gewesen sein mag.“

In Stockholm bestanden die Reisegefährten Lenin darauf, daß er sich anständig kleide. Er trug mächtige Hochgehäusstiefel mit unebenen Nägeln beschlagen. Wir erklärten ihm, daß, wenn er sie dazu brauchen wolle, das schändlich: Straßenpflaster der Bourgeoisie zu zerbrechen, er es nicht nötig haben werde, sie in Petrograd zu tragen, wo kaum irgendwelches Straßenpflaster zum Zerbrechen übrig geblieben sei. Ich ging mit Lenin neue Stiefel kaufen und bat ihn, sich bei dieser Gelegenheit auch neue Kleider anzuschaffen. Er protestierte, solange er nur konnte, und frag uns, ob wir meinten, daß er in Petrograd ein Kleidergeschäft errichten wolle, aber schließlich gab er nach. Er kaufte ein Paar Bekleidungsstücke, die ich an ihm später noch in Petrograd sah. Sie zeigten damals schon die Spuren der Abnutzung während der Revolution.“

### Moskaus Arbeit in Italien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Rück, 16. Nov. Der „Tagesspiegel“ meldet aus Mailand: Das Gepäck eines nach Rom reisenden hohen Sowjetrussen, Mitglied der russischen Botschaft in Rom, wurde durch ein Versehen (?) in Mailand geöffnet. Es bestand ausschließlich aus großen Mengen Revolutionsschriften für die italienische Arbeiterkraft. Der Präsekt hat die Weiterleitung des Gepäcks inhibiert und der Regierung in Rom telegraphisch Bericht erstattet.

### Zunehmende Erregung in Italien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Rück, 17. Nov. Der „Tagesspiegel“ meldet: Aus Oberitalien liegen neue Berichte vor über die Ausbreitung der antisozialistischen Demonstrationen. Am Sonntag fanden in Turin, Genua und Mailand Kundgebungen des Völkchters für den Ausbruch von Italien an den einseitigen Staat, die überall zu schweren Zusammenstößen geführt haben. Aus Turin werden über 20 Verletzte, aus Mailand ebenso sowie aus Genua 2 Tote und fast 40 Verletzte gemeldet. Die Unruhen in Vola haben sich wiederholt. Die Nationalen haben hier am Sonntag sämtliche sozialistische Versammlungen mit Waffengewalt gesprengt.

### Der Rückzug der Türken aus Mossul.

Konstantinopel, 17. Nov. Die türkische Regierung hat dem englischen Vertreter in Konstantinopel bekanntgegeben, daß die türkischen Truppen Veseh haben, die kürzlich besetzten Distrikte des Bezirkes von Mossul zu räumen und sich auf die durch das englisch-türkische Abkommen von Brüssel vorgeschriebene Linie zurückzuziehen. (W. T. B.)



Der Musikverein Dresden-Nord bot seinen Mitgliedern und Gästen im Saale des „Wilden Mann“ einen Sommermusikabend, der sehr überreich an musikalischen Genüssen war. Brahmsens großes, der fünfsätzlichen Form antwortendes Klavierquartett G-Moll erbaute den Reiz. Die oratorischen Weltmäße, die von den Ausführenden Blücher (Klavier), Meier (Violine), Hammer (Viola) und Große (Cello) benützt wurden, trugen wesentlich dazu bei, die Durchsichtigkeit des komplizierten Baues, vor allem des ersten Satzes, zu erheben. Auch die Vermählung aller überlitterten orchesterlichen Akzente vor allem aber die sommermusikalische Durchhaltung des Pianissimo, erleichterte das Verständnis des von musikalischer Erfindung überfüllten Werkes. Die folgenden Trio-Varianten von Beethoven über das Lied „Ach du der Schneider Kaschb!“ aus Mensch und Musikern über „Die Schneider von Brau“ kamen in wenig niedrigen heraus und endbieten des Humors. Hier fand ein seltenlich fröhlicher Unterbrechung am Place. Clara Bach als schöne Altstimme erstreckte in uns Schwebert-Pickern. Schade, daß der Ton ein wenig unter benutzte: Picturna selbst, während sonst Stimme und Vortrag in ungemcin sympathisch berühren. Mit der „Kavalle“ nach der Schönerin das Thema an zum „Korellionist“ von Schwebert, das die genannten Künstler, verführt durch







folgten. In aller Ueoth. Tude 1



